

PRESSEKONFERENZ

DONNERSTAG, 8. APRIL 2010

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch Kommissar Rehn teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die derzeitigen Zinssätze sind nach wie vor angemessen. Unter Berücksichtigung aller Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung am 4. März 2010 verfügbar geworden sind, dürfte die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante Frist moderat bleiben. Die jüngsten Daten haben außerdem bestätigt, dass sich die wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet in den ersten Monaten des laufenden Jahres fortgesetzt hat. Insgesamt rechnet der EZB-Rat mit einer moderaten Expansion der Wirtschaft des Eurogebiets im Jahr 2010 in einem von Unsicherheit geprägten Umfeld, wobei sich der Wachstumsverlauf aufgrund einer Reihe von Sonderfaktoren möglicherweise uneinheitlich gestaltet. Die Ergebnisse der monetären Analyse bestätigen die Einschätzung eines mittelfristig geringen Inflationsdrucks. Alles in allem gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Wir werden auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet profitierte von der anhaltenden Erholung der Weltwirtschaft, den umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogrammen sowie den zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Bankensystems ergriffenen Maßnahmen. Nach einer erheblichen Talfahrt wuchs die Wirtschaft im dritten Quartal 2009 der zweiten Veröffentlichung von Eurostat zufolge um 0,4 %; im vierten Quartal blieb das reale BIP unverändert. Die verfügbaren Indikatoren, insbesondere weitere positive Umfrageergebnisse, lassen darauf schließen, dass sich die konjunkturelle Erholung im Euroraum in den ersten Monaten des laufenden Jahres fortgesetzt hat, wenngleich sie von einer Reihe von Sonderfaktoren, einschließlich ungünstiger Witterungsbedingungen, beeinflusst worden sein dürfte. Folglich dürfte sich das Wachstum des realen BIP um den Jahreswechsel herum weiterhin uneinheitlich entwickelt haben. Es ist daher ratsam, das Augenmerk nicht zu sehr auf die vierteljährliche Volatilität zu richten, sondern die Wachstumsentwicklung auf halbjährlicher Basis zu vergleichen. Mit Blick auf die Zukunft rechnet der EZB-Rat nach wie vor mit einem moderaten Wachstum des realen BIP im Jahr 2010. Ausschlaggebend hierfür ist der in verschiedenen Sektoren anhaltende Prozess der Bilanzanpassungen sowie die Erwartung, dass sich die geringe Kapazitätsauslastung dämpfend auf die Investitionen auswirken dürfte und dass die eingetrübten Arbeitsmarktaussichten den Konsum beeinträchtigen.

Der EZB-Rat ist nach wie vor der Auffassung, dass die Risiken für diesen Ausblick in einem von Unsicherheit geprägten Umfeld weitgehend ausgewogen sind. Einerseits könnten sich die Weltwirtschaft und der Außenhandel schneller erholen als projiziert, und das Vertrauen könnte stärker zunehmen als zuvor angenommen. Des Weiteren könnten die laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogramme sowie andere wirtschaftspolitische Maßnahmen größere Auswirkungen haben als erwartet. Andererseits bestehen weiterhin Bedenken bezüglich neuerlicher Spannungen in einigen Finanzmarktsegmenten, einer im Vergleich zu den Erwartungen deutlicheren oder länger andauernden negativen Rückkopplung zwischen der Realwirtschaft und dem Finanzsektor, erneuter

Preissteigerungen bei Öl und sonstigen Rohstoffen, sich verstärkender Protektionismusbestrebungen sowie der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so lag die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI im Eurogebiet der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im März 2010 bei 1,5 % nach 0,9 % im Vormonat. Es liegt zwar noch keine Aufgliederung der HVPI-Gesamtinflation vor, doch die höher als erwartet ausgefallene Preissteigerungsrate könnte insbesondere mit der Entwicklung der Energiekomponente sowie der Preise für Nahrungsmittel zusammenhängen, die möglicherweise unter anderem von den Witterungsbedingungen beeinflusst wurden. Die Inflation dürfte über die geldpolitisch relevante Frist moderat bleiben. Es wird erwartet, dass die Preis-, Kosten- und Lohnentwicklung analog zu einer langsamen Erholung der Nachfrage im Euroraum wie auch in der übrigen Welt insgesamt weiterhin gedämpft verläuft. Die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf diese Aussichten sind nach wie vor weitgehend ausgewogen. Sie bestehen insbesondere im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Konjunktur und der Rohstoffpreise. Zudem könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden als derzeit angenommen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so lag die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Februar bei -0,4%. Das jährliche Wachstum der Buchkredite an den privaten Sektor blieb trotz einer positiven Veränderung im Berichtsmonat mit -0,4 % ebenfalls schwach. Insgesamt stützen die aktuellen Daten weiterhin die Einschätzung, dass die Grunddynamik der monetären Expansion moderat und der von der Geldmengenentwicklung ausgehende Inflationsdruck auf mittlere Sicht gering ist. Auch in den kommenden Monaten dürften das Wachstum der Geldmenge M3 und der Buchkredite schwach bleiben.

Der anhaltend steile Verlauf der Zinsstrukturkurve fördert die Umschichtung von Mitteln zugunsten längerfristiger Anlagen und Wertpapiere außerhalb von M3 und impliziert, dass das tatsächliche M3-Wachstum schwächer ist als die Grunddynamik des Geldmengenwachstums. Zugleich lässt die geringe Zinsdifferenz zwischen den verschiedenen in M3 enthaltenen Instrumenten auf niedrige Opportunitätskosten für die Haltung der liquidesten Komponenten des Geldmengenaggregats M1 schließen, das sein Wachstum im Februar mit einer robusten Jahresrate von 10,9 % fortsetzte. Allerdings waren die monatlichen Ströme bei den Komponenten von M3 im Februar im Allgemeinen gering, was darauf hindeutet, dass der starke Einfluss der derzeitigen Zinskonstellation allmählich abklingen dürfte.

Hinter dem negativen jährlichen Wachstum der Bankkredite an den privaten Sektor verbergen sich nach wie vor gegenläufige Entwicklungen: ein positives und stärkeres Jahreswachstum der Kredite an private Haushalte einerseits sowie ein negatives Jahreswachstum der Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften andererseits. Zugleich fielen die Kreditströme an Unternehmen im Februar erstmals seit August 2009 positiv aus, womit der Rückgang der jährlichen Wachstumsrate beendet wurde. Diese positive kurzfristige Entwicklung ist jedoch aufgrund der monatlichen Volatilität mit Vorsicht zu interpretieren. Darüber hinaus ist es ein gängiges Merkmal des Konjunkturzyklus, dass die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften nach der Wiederbelebung der Konjunktur noch einige Zeit schwach bleibt.

Die Verringerung der Bilanzsummen der Banken scheint in den ersten Monaten 2010 zum Stillstand gekommen zu sein. Die Banken stehen allerdings weiterhin vor der Herausforderung, mögliche weitere Anpassungen zu organisieren und gleichzeitig die Verfügbarkeit von Krediten für den nichtfinanziellen Sektor sicherzustellen. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, sollten die Banken die verbesserten Finanzierungsbedingungen zur weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis nutzen und gegebenenfalls die staatlichen Stützungsmaßnahmen hinsichtlich der Rekapitalisierung voll ausschöpfen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die derzeitigen Leitzinsen der EZB nach wie vor angemessen sind. Unter Berücksichtigung aller Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung am 4. März 2010 verfügbar geworden sind, dürfte die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante Frist moderat bleiben. Die jüngsten Daten haben außerdem bestätigt, dass sich die wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet in den ersten Monaten des laufenden Jahres fortgesetzt hat. Insgesamt rechnet der EZB-Rat mit einer moderaten Expansion der Wirtschaft des Eurogebiets im Jahr 2010 in einem von Unsicherheit geprägten Umfeld, wobei sich der Wachstumsverlauf aufgrund einer Reihe von Sonderfaktoren möglicherweise uneinheitlich gestaltet. Die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt die Einschätzung eines mittelfristig geringen Inflationsdrucks. Alles in allem gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Wir werden auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so kommt es jetzt darauf an, dass die Regierungen die Haushaltsungleichgewichte reduzieren und übermäßige Defizite innerhalb der vereinbarten Fristen korrigieren. In einer Reihe von Ländern des Euroraums wird die Haushaltskonsolidierung im laufenden Jahr beginnen, und in allen anderen Ländern werden bis spätestens 2011 Korrekturmaßnahmen einzuleiten sein. Die Haushaltskonsolidierung wird deutlich über die jährliche strukturelle Anpassung von 0,5 % des BIP hinausgehen müssen, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt als Mindestanforderung festgelegt ist, und glaubwürdige Haushaltskonsolidierungsstrategien müssen genau festgelegt und vollständig umgesetzt werden. Dies erfordert entschlossene Anstrengungen, insbesondere in Ländern mit hohen Defizit- und Schuldenquoten, nicht zuletzt, um die zu erwartenden zunehmenden Haushaltsbelastungen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung zu bewältigen. Dabei sollten vor allem Ausgabenreformen

im Vordergrund stehen. Der EZB-Rat begrüßt die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Länder des Euro-Währungsgebiets zu Griechenland vom 25. März. Wir unterstützen in vollem Umfang die Absicht, die Überwachung von wirtschaftlichen Risiken und Haushaltsrisiken und die Instrumente zu deren Prävention sowie das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit zu stärken. Wir begrüßen auch den Beschluss, einen soliden Handlungsrahmen für die Krisenbewältigung zu erarbeiten. Fortschritte in diesen Bereichen sollten darauf abzielen, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu unterstützen und das reibungslose Funktionieren der WWU zu fördern.

Im Hinblick auf die Strukturreformen dürften die beim Europäischen Rat am 25. und 26. März getroffenen Vereinbarungen zur Strategie Europa 2020 dazu beitragen, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wettbewerbsfähigkeit und ein nachhaltiges Wachstum zu fördern. Zu diesem Zweck sollten die Maßnahmen nun darauf ausgerichtet werden, den Wettbewerb zu erhöhen und die während der Krise aufgelegten sektorspezifischen Hilfsprogramme auslaufen zu lassen. An den Arbeitsmärkten sind ausreichende Lohnflexibilität und eine Stärkung der Arbeitsanreize erforderlich, um eine höhere strukturelle Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren zu vermeiden. Zugleich spielt auch eine angemessene Restrukturierung des Bankensektors weiterhin eine wesentliche Rolle. Gesunde Bilanzen, ein wirksames Risikomanagement und transparente, robuste Geschäftsmodelle sind von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Stärkung der Schockresistenz von Banken sowie die Gewährleistung eines adäquaten Zugangs zu Finanzmitteln und somit um die Schaffung der Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Finanzstabilität geht.

Bezüglich des Sicherheitenrahmens des Eurosystems hat der EZB-Rat beschlossen, den Bonitätsschwellenwert für marktfähige und nicht marktfähige Sicherheiten (außer Asset-Backed Securities, ABS) über das Jahresende 2010 hinaus bei „Investment-Grade“ (d. h. BBB-/Baa3) zu belassen. Darüber hinaus hat der EZB-Rat entschieden, mit Wirkung vom 1. Januar 2011 ein gestaffeltes System von Bewertungsabschlägen auf Sicherheiten mit einem Rating von BBB+ bis BBB- (oder

entsprechend) anzuwenden. Dieses abgestufte System wird den einheitlichen zusätzlichen Bewertungsabschlag in Höhe von 5 %, der gegenwärtig auf diese Sicherheiten angerechnet wird, ersetzen. Das detaillierte System von Bewertungsabschlägen basiert auf einer Reihe von Parametern, die in der Pressemitteilung, welche im Anschluss an diese Pressekonferenz veröffentlicht wird, näher ausgeführt werden.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.